

**Welttag 2015 gegen Straflosigkeit
für Verbrechen an Journalisten**

15 EXEMPLARISCHE FÄLLE VON STRAFLOSIGKEIT

HTML-Version mit Fotos und weiterführenden Links:

www.reporter-ohne-grenzen.de/themen/straflosigkeit/

MALI

Ghislaine Dupont und Claude Verlon

ermordet am 2. November 2013

1 Die Reporterin Ghislaine Dupont und der Techniker Claude Verlon von *Radio France International (RFI)* hatten gerade ein Interview mit einem der Anführer der Tuareg-Separatistengruppe MNLA im nord-malischen Kidal beendet, als sie am 2. November 2013 von vier Bewaffneten entführt und in einem Geländewagen fortgebracht wurden. Eine Stunde später fand man ihre von Kugeln durchsiebten Leichen neben dem verlassenen Geländewagen in der Wüste östlich der Stadt.

Obwohl in Mali und Frankreich zügig Ermittlungen aufgenommen wurden, kamen diese kaum voran. Zwei Jahre später sind weder die Mörder gefunden noch die Umstände und Motive der Tat geklärt. In Mali scheinen die Ermittlungen völlig zum Erliegen gekommen zu sein. In Frankreich empfing Präsident François Hollande die Hinterbliebenen Duponts im Juli 2015 und versprach, das Militärgeheimnis aufzuheben, um die Ermittlungen zu erleichtern.

Dupont war eine der einflussreichsten *RFI*-Journalistinnen und berichtete hauptsächlich aus Afrika. In der Demokratischen Republik Kongo berichtete sie so gründlich über die erste Runde der Präsidentenwahl 2006, dass man sie noch vor dem Ende der Abstimmung abschob. Verlon war ein ausgezeichnete Techniker und hatte einen Ruf als Perfektionist mit Vorliebe für schwierige Einsätze. Es war ihr zweiter Besuch des Teams in Kidal.

KOLUMBIEN

Borja Lázaro

verschwunden seit dem 8. Januar 2014

Der freie Fotograf Borja Lázaro aus dem spanischen Baskenland verschwand am 8. Januar 2014 in Cabo de Vela, einem Dorf in der Provinz La Guajira im Nordosten Kolumbiens. Er arbeitete an einer Serie von Fotoreportagen über indigene Kulturen. Lázaro verschwand in einer Region, die bekannt ist für Drogengeschäfte und die von kriminellen Banden mit Wurzeln in der paramilitärischen Bewegung dominiert wird. Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, dass er Opfer einer Entführung wurde.

Lázaros Familie meldete sein Verschwinden den kolumbianischen und spanischen Behörden, die am 23. Januar 2014 eine Fallakte dazu anlegten. In Kolumbien führten die Justizbehörde in der Provinzhauptstadt Riohacha sowie eine auf Entführungs- und Erpressungsfälle spezialisierte Polizeieinheit fortlaufende Ermittlungen. Der Familie Lázaros verweigerten sie aber jede Auskunft und gaben an, sie könnten Informationen ausschließlich auf dem Weg über das spanische Außenministerium herausgeben.

In Spanien beendete die Justiz die Ermittlungen mit der Begründung, dass Lázaro im Ausland verschwand. Die Autonomiepolsizei im spanischen Baskenland verfolgt den Fall weiterhin, hält den Kontakt mit den Sicherheitsbehörden in Kolumbien und versorgt die Familie mit Informationen. Reporter ohne Grenzen hat den Fall am 30. August 2015 der UN-Arbeitsgruppe zu gewaltsamem oder unfreiwilligem Verschwinden gemeldet.

Fast zwei Jahre nach dem Verschwinden Lázaros weiß seine Familie nach wie vor kaum etwas über sein Schicksal, und die Ermittlungen sind nicht wesentlich vorangekommen.

LIBYEN

Sofiane Chourabi und Nadhir Ktari

vermisst seit dem 8. September 2014

Die tunesischen Journalisten Sofiane Chourabi und Nadhir Ktari verschwanden am 7. September 2014 in Libyen. Mehr als ein Jahr später gibt es keine Erkenntnisse über die Gründe für das Verschwinden der beiden Mitarbeiter des tunesischen Fernsehsenders *First TV*. Im Januar 2015 kursierten Berichte über den angeblichen Tod der Journalisten, doch am 7. September erklärte Tunesiens Außenminister, sie seien noch am Leben. Ihre Familien sind davon jedoch nicht überzeugt.

Auch wenn die Sicherheitslage in Libyen die Ermittlungen zweifellos erschwert, haben die zuständigen Behörden sehr langsam reagiert. So nahm die Justiz in Tunesien erst im Januar 2015 Ermittlungen auf – vier Monate nach dem Verschwinden der beiden Journalisten. Am 30. April 2015 schrieb Reporter ohne Grenzen einen Brief an den Libyen-Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs, Bernardino León, und forderte eine unabhängige Untersuchung gemäß Resolution 1738 des UN-Sicherheitsrats von Dezember 2006 sowie gemäß den Genfer Konventionen und ihren Zusatzprotokollen.

Bei mehreren Pressekonferenzen und Demonstrationen zur Unterstützung der Familien der beiden Journalisten hat Reporter ohne Grenzen auch die tunesischen Behörden und die wichtigsten Akteure des Transformationsprozesses in Libyen aufgerufen, Licht in den Fall Chourabis und Ktaris zu bringen.

TÜRKEI

Nazım Babaoğlu

verschwunden seit dem 12. März 1994

3 Nazım Babaoğlu war ein junger Korrespondent für die pro-kurdische Zeitung *Özgür Gündem* in der Stadt Urfa im Südosten der Türkei, als er am 12. März 1994 spurlos verschwand. Er hatte sich freiwillig gemeldet, auf einen rätselhaften Anruf bei der Zeitung hin den kleinen Ort Siverek zu besuchen. Babaoğlu rechnete damit, dort etwas über die Aktivitäten der "Dorfwächter" zu erfahren, regierungstreuer Milizen, die für ihre Gewalttätigkeit berüchtigt waren. Er kehrte nie zurück. In den 21 Jahren seit seinem Verschwinden gab es keine glaubhaften Ermittlungen zu dem Fall.

Für *Özgür Gündem* zu arbeiten, war auf dem Höhepunkt des Konflikts zwischen PKK-geführten kurdischen Rebellen und der türkischen Regierung in den 1990er Jahren äußerst gefährlich. Der Fall Babaoğlus ist typisch für die Straflosigkeit, die noch heute für die massenhaften Verbrechen dieser Zeit einschließlich der Morde an einer ganzen Reihe von Journalisten herrscht. Obwohl man inzwischen die Einzelheiten der repressiven Methoden im Kampf gegen die kurdische Nationalbewegung kennt, wurde niemals Gerechtigkeit geübt.

Die Straflosigkeit wird nun durch eine Verjährungsfrist von 20 Jahren für ungeklärte Morde garantiert. Doch die türkische Zivilgesellschaft hält das Andenken an Babaoğlu lebendig. Im März 2015 etwa gab es in Istanbul eine Demonstration zum 21. Jahrestag seines Verschwindens. Am 30. August meldete Reporter ohne Grenzen seinen Fall an die UN-Arbeitsgruppe zu gewaltsamem oder unfreiwilligem Verschwindenlassen.

BANGLADESCH

Avijit Roy

ermordet am 26. Februar 2015

Avijit Roy war ein laizistischer Autor und Blogger sowie Gründer der Internetseite *Mukto-Mona* (Freies Denken). Am 26. Februar 2015 wurde er von Männern mit Macheten ermordet, als er mit seiner Frau eine Buchmesse in der Nähe der Universität von Dhaka verließ. Zu dem Mord bekannte sich die militante Islamistengruppe Ansar al Islam. Sie hatte zuvor schon auf Facebook erklärt, für den Mord an dem Blogger **Rajib Haider** verantwortlich zu sein, der im Februar 2013 in Dhaka mit Macheten niedergemetzelt worden war.

Auch drei weitere laizistische Blogger wurden 2015 in Bangladesch ermordet. Rund einen Monat nach dem Tod Roys wurde **Washiqur Rahman** auf ähnliche Weise ermordet. **Ananta Bijoy Das** wurde am 12. Mai in der Stadt Sylhet im Norden Bangladeschs ermordet. Am 7. August metzelten mit Macheten bewaffnete Eindringlinge **Niloy Neel** in seinem Haus in einem Vorort von Dhaka zu Tode. Alle vier hatten in ihren Blogs den religiösen Fundamentalismus kritisiert sowie für Toleranz und Meinungsfreiheit geworben.

Die Behörden Bangladeschs haben außerordentlich passiv auf die Mordserie reagiert und keinerlei Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Blogger ergriffen. Stattdessen drohen sie Bloggern oft mit Verhaftung, weil diese gegen Artikel 57 des Gesetzes über Informations- und Kommunikationstechnologie verstoßen hätten, der Haftstrafen von sieben bis 14 Jahren für die "Veröffentlichung falscher, obszöner oder beleidigender Informationen in elektronischer Form" vorsieht.

Seit Monaten fordert Reporter ohne Grenzen die Behörden auf, angemessene Ressourcen bereitzustellen, um die Täter und Anstifter gewalttätiger Angriffen gegen Journalisten und Blogger vor Gericht zu bringen. In den vergangenen zwei Monaten wurden ein paar mutmaßliche Mitglieder von Ansar al Islam von der Polizei vernommen und beschuldigt, aber zum Prozess ist es noch nicht gekommen. Die Verantwortlichen für den Mord an Avijit Roy sind noch immer nicht gefasst.

MEXIKO

María Esther Aguilar Cansimbe

verschwunden seit dem 11. November 2009

Die Reporterin María Esther Aguilar Cansimbe aus der Stadt Zamora im westmexikanischen Bundesstaat Michoacán verschwand am 11. November 2009 im Alter von 33 Jahren. Sie

arbeitete für die Lokalzeitung *El Diario* sowie für das im ganzen Bundesstaat erscheinende Blatt *Cambio* und war auf die Themen Polizei und Kriminalität spezialisiert.

Am Tag ihres Verschwindens erhielt Aguilar einen Anruf und verließ daraufhin das Haus. Seitdem wurde sie nicht mehr gesehen. Ihre Familie meldete die Journalistin am gleichen Tag beim Generalstaatsanwalt von Michoacán als vermisst. Aguilar hinterließ ihren Ehemann und zwei kleine Töchter.

Vor ihrem Verschwinden hatte Aguilar über Machtmissbrauch der Polizei in Zamora und von deren Chef Jorge Arturo Cambroni Torres berichtet. Dieser wurde kurz darauf entlassen. Zudem hatte das Verbrecherkartell La Familia die Journalistin im Zusammenhang mit ihren Berichten über die Festnahme von zwei seiner Mitglieder im August und Oktober 2009 drangsaliert.

Reporter ohne Grenzen drängte die Behörden, Aguilars Arbeit als Journalistin als wahrscheinliches Motiv für ihr Verschwinden zu behandeln. In mehreren Gesprächen mit der Generalbundesanwaltschaft und dem Exekutiv Ausschuss für Opferbetreuung (CEAV) der mexikanischen Bundesregierung mahnte die Organisation zudem Unterstützung für die Familie und insbesondere für die beiden Töchter der Verschwundenen an.

Sechs Jahre später sind die Ermittlungen offensichtlich beendet. Eine Untersuchung durch die Sonderstaatsanwaltschaft für Verbrechen gegen die Freiheit der Meinungsäußerung (FEADLE) brachte kaum Fortschritte. Um eine Wiederaufnahme der Ermittlungen zu erreichen, wandte sich Reporter ohne Grenzen am 30. August 2015 an die UN-Arbeitsgruppe für Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen.

Mexiko ist für Journalisten eines der gefährlichsten Länder der Welt. Innerhalb des vergangenen Jahrzehnts sind dort mindestens 89 Journalisten ermordet worden und 17 verschwunden.

SERBIEN

Dada Vujasinović

tot aufgefunden am 8. April 1994

Radislava Dada Vujasinović wurde in den frühen Morgenstunden des 8. Aprils 1994 in ihrem Elternhaus in Belgrad erschossen aufgefunden. Als erfahrene Journalistin hatte sie über den Beginn der Jugoslawien-Kriege berichtet und sich seit 1992 auf die Themen organisierte Kriminalität, Polizei, Militär sowie die Geschäfte von Kriegsgewinnlern spezialisiert.

Unmittelbar nach dem Fund ihrer Leiche erklärte die Polizei, Vujasinović habe sich mit einem Jagdgewehr selbst getötet. Die Familie zweifelte dies an und verwies auf Lücken und

Widersprüche in den Ermittlungen. So seien weder Nachbarn befragt noch die am Tatort gefundenen Gegenstände untersucht worden, und die Festlegung auf einen Selbstmord sei ohne Einschaltung eines Richters geschehen. Die Familie holte Meinungen von unabhängigen Experten ein und forderte die Justizbehörden wiederholt, aber erfolglos auf, den Fall weiter zu untersuchen.

Nach dem politischen Umbruch infolge der Abspaltung Montenegros 2006 wurde der Fall neu aufgerollt. Ein Bericht unabhängiger Experten kam im Mai 2008 zu dem klaren Schluss, dass Vujasinović mit zwei Schüssen getötet worden sei. Damit wurde die Selbstmord-Hypothese noch unwahrscheinlicher. Die Ermittlungen wurden wieder aufgenommen, doch die serbischen Behörden konnten die Umstände des Todes der Journalistin nicht aufklären.

Im Januar 2013 unterstützte die serbische Regierung die Schaffung einer Untersuchungskommission zu den Todesfällen Vujasinovićs und zweier weiterer serbischer Journalisten, **Slavko Ćuruvija** und **Milan Pantić**. Im Dezember 2013 löste eine OSZE-Kampagne unter dem Titel „Chronik der Drohungen“ eine lebhaftere öffentliche Debatte aus und erzeugte zusätzlichen Druck auf die serbischen Behörden.

Die von Veran Matic, dem Chef des Radio- und Fernsehsenders *B92*, ins Leben gerufene Untersuchungskommission wollte ein rechtsmedizinisches Zentrum im niederländischen Den Haag um neue Expertisen bitten. Sie musste dieses Vorhaben aber mangels Geld aufgeben, obwohl sie in mehreren Ländern um die nötigen Finanzmittel geworben hatte.

Geht man davon aus, dass Vujasinović ermordet wurde – was nahezu sicher erscheint –, dann genießen ihre Mörder mehr als 20 Jahren nach dem Verbrechen noch immer Straflosigkeit.

6

ERITREA

Dawit Isaak

seit dem 18. September 2001 im Gefängnis

Der schwedisch-eritreische Journalist Dawit Isaak wird seit 14 Jahren ohne Urteil oder Anklage, ohne Kontakt zur Außenwelt und zu seiner Familie in einem der Internierungslager des eritreischen Präsidenten Isaias Afewerki in Isolationshaft gehalten. Als Mitbegründer der seinerzeit populären reformorientierten Wochenzeitung *Setit* ist Isaak nur das prominenteste Gesicht der Straflosigkeit, die in Eritrea unerbittlich herrscht, seit die Regierung im September 2001 sämtliche privaten Medien für immer schloss.

Verspätete Aufrufe des Europäischen Parlaments in den Jahren 2009 und 2011, Isaak und alle anderen gefangenen Journalisten in Eritrea freizulassen, blieben unbeantwortet. Nachdem sich diplomatische Kanäle als erfolglos erwiesen, beantragten Isaaks Anwälte Jesús

Alcalá und Percy Bratt sowie Prisca Orsonneau von Reporter ohne Grenzen beim Obersten Gericht Eritreas, Isaak einem Richter vorzuführen, weil sein fortdauernder Freiheitsentzug sowohl nach eritreischem Recht als auch nach den von Eritrea akzeptierten internationalen Verträgen illegal sei.

2012 riefen sie darüber hinaus die Afrikanische Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker an, die den Fall zur Prüfung annahm. Die eritreischen Behörden regierten auf keinen dieser Vorstöße.

Nachdem Schweden ein Gesetz über die weltweite Zuständigkeit seiner Gerichte in bestimmten Fällen verabschiedete, reichten dieselben Anwälte dort im Juni 2014 Klage gegen den eritreischen Präsidenten und seine engsten Mitarbeiter ein. Darin warfen sie ihm Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verschwindenlassen und Folter im Fall Isaak vor.

Diese neue Hoffnung, Isaak befreien zu können, wurde zerschlug sich jedoch schnell. Der für den Fall zuständige schwedische Staatsanwalt schloss die Akte nach kurzer Zeit mit der Begründung, dass die eritreischen Behörden voraussichtlich nicht zur Zusammenarbeit mit den Ermittlungen bereit sein würden. Auch eine Berufung gegen diese Entscheidung blieb erfolglos – offensichtlich interessiert sich Schwedens Justiz nicht für das Schicksal eines der eigenen Staatsbürger.

7

ELFENBEINKÜSTE

Guy-André Kieffer

verschwunden seit dem 16. April 2004

Der französische Journalist Guy-André Kieffer wurde am 16. April 2004 auf dem Parkplatz eines Supermarkts in Abidjan entführt. Im Zuge seiner Recherchen über fragwürdige Praktiken beim Anbau und Export von Kakao wollte er sich dort mit Michel Legré treffen, dem Schwager von First Lady Simone Gbagbo.

Wenige Tage später erstattete Kieffers Familie in Paris und Abidjan Anzeige gegen unbekannt wegen Entführung und illegaler Festnahme; Reporter ohne Grenzen schloss sich als Nebenklägerin an. Es folgten jahrelange ergebnislose Gerichtsverfahren, in denen auf jeden neuen Ansatz eine Enttäuschung folgte. Kieffers Leiche ist noch immer nicht gefunden worden.

Die ivoirischen und französischen Behörden haben der Familie Kieffer und Reporter ohne Grenzen zwar mehrfach versprochen, Licht in den Fall zu bringen. Das Schweigen der Verdächtigen, die allesamt aus dem Umfeld des damaligen Präsident Laurent Gbagbo kommen, konnten sie jedoch nicht brechen. Als Gbagbo 2011 von Alassane Ouattara als Präsident abgelöst wurde, weckte dies Hoffnungen, dass die Ermittlungen erfolgreicher

fortgeführt werden könnten. Doch trotz entsprechender Zusagen von Präsident Ouattara an Reporter ohne Grenzen im Mai 2014 gab es keinen Fortschritt.

Im September 2013 wurde der französische Untersuchungsrichter Patrick Ramaël versetzt, der den Fall seit zehn Jahren bearbeitete. Entscheidend ist nun, dass sein Nachfolger Cyril Paquaux den Fall nicht mangels neuer Spuren schließt, sondern weiter ermittelt.

IRAN

Pirus Dawani

verschwunden seit dem 25. August 1998

Pirus Dawani, der Chefredakteur der iranischen Zeitung *Pirus*, verschwand am 25. August 1998 im Alter von 36 Jahren. In den 1980er Jahren war er Mitglied der pro-sowjetischen kommunistischen Tudeh-Partei und saß deshalb 1982 sieben Monate im Gefängnis. 1989 erhielt er für die Veröffentlichung von Interviews mit Angehörigen hingerichteter Häftlinge eine weitere, diesmal achtmonatige Haftstrafe.

Dawanis Verschwinden fiel in eine Zeit, in der im Iran eine ganze Reihe Intellektueller und Oppositioneller ermordet wurden. Diese sogenannten Serienmorde führten zu einem öffentlichen Aufschrei und wurden in einigen der reformorientierten Publikationen aufgegriffen, weshalb sich die Behörden zur Einsetzung einer Untersuchungskommission gezwungen sahen. Den Fall Dawani untersuchte die Kommission nicht, obwohl es entsprechende Forderungen gab und Kritiker darauf beharrten, dass auch er ermordet worden sei. Die Tageszeitung *Kar-e-Karagar* berichtete gar über Gerüchte, Dawani sei „hingerichtet“ worden.

Im November 2000 stand **Akbar Gandschi** vor Gericht, ein Journalist der Zeitung *Sobh-e-Emrouz*, der über den Fall Dawani berichtet hatte. In seinem Prozess beschuldigte er den geistlichen Sonderermittler Gholam-Hossein Mohseni-Edschehi, in die Ermordung Dawanis verstrickt gewesen zu sein. Edschehi ist ein Vertrauter von Revolutionsführer Ali Chamenei sowie ehemaliger Geheimdienstminister und Generalstaatsanwalt. Derzeit ist er stellvertretender Justizminister und Justizsprecher.

Da die iranischen Behörden offenkundig nicht an einer Fortsetzung der Ermittlungen in dem Fall interessiert sind, reichte die Familie Dawanis im Dezember 2002 Beschwerde bei der UN-Menschenrechtskommission ein.

Reporter ohne Grenzen hat die iranischen Behörden wiederholt zur Untersuchung des Falls aufgerufen, um der Familie Dawanis endlich Gewissheit über das Schicksal des Vermissten zu verschaffen. Die Behörden haben jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Neigung erkennen lassen,

diesen Forderungen Folge zu leisten. Die Verantwortlichen für das Verschwinden Dawanis genießen deshalb bis heute völlige Straflosigkeit.

Auf einen Brief von Reporter ohne Grenzen vom 2. November 2014 hat Irans Präsident Hassan Rohani nicht geantwortet. Deshalb wandte sich die Organisation Ende August 2015 zum Internationalen Tag der Verschwundenen wegen des Falls von Pirus Dawani an die UN-Arbeitsgruppe zu gewaltsamem und unfreiwilligem Verschwindenlassen.

BAHRAIN

Nasiha Said

gefoltert am 22. Mai 2011

Nasiha Said gehört als damalige Korrespondentin des Fernsehsenders *France 24* und des Radiosenders *Radio Monte Carlo Dualija* zu den vielen Opfern des brutalen Vorgehens gegen Regimekritiker und Journalisten, mit dem Bahrains Regierung auf eine im Frühjahr 2011 begonnene Welle von Protesten reagiert hat. Sais Folterung wurde der erste Fall, der vor ein bahrainisches Gericht kam.

9 Während eines Verhörs auf einem Polizeirevier in Rifaa zu ihrer Teilnahme an den pro-demokratischen Protesten wurde sie am 22. März 2011 mehrere Stunden lang brutal geschlagen, gefoltert und gedemütigt. Nach elf Stunden wurde sie freigelassen, nachdem man sie zur Unterzeichnung von Dokumenten gezwungen hatte, die sie nicht einmal lesen durfte.

Said konnte die fünf Polizisten identifizieren, die sie misshandelt hatten, und legte sofort Beschwerde beim Innenministerium ein. Dieses versprach, den Fall zu untersuchen. Da nichts geschah, klagte Said im Januar 2012 mithilfe der *Media Legal Defence Initiative* gegen die fünf Polizisten.

Im Monat darauf begann ein Prozess, in dem nur einer der fünf mutmaßlichen Täter beschuldigt war. Das Verfahren verlief schleppend, wurde immer wieder vertagt und wies viele Unregelmäßigkeiten auf. Im Oktober 2012 endete es mit einem Freispruch, der im Berufungsverfahren im Juni 2013 bestätigt wurde. Im Oktober 2014 wurden Said und ihr Anwalt selbst beim Staatsanwalt vorgeladen.

Als die Journalistin im November 2014 die Polizisten identifizieren sollte, die sie geschlagen und gefoltert hatten, erkannte sie nur eine der drei Personen, die zur Gegenüberstellung aufgebeten wurden. Seitdem wartet sie darauf, dass die Justiz ernsthaft gegen die fünf Polizisten ermittelt, anstatt es bei ein paar Verhören zu belassen.

Said ist entschlossen, ihre Arbeit als Journalistin und Aktivistin fortzusetzen. Mittlerweile macht sie vor allem die Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit in Bahrain öffentlich und engagiert sich zur Verteidigung unabhängiger Medien. Reporter ohne Grenzen begleitet ihren Fall eng und hat immer wieder auf die mangelnde Unabhängigkeit hingewiesen, die die bahrainische Justiz dabei an den Tag legt.

LIBANON

Samir Kassir

ermordet am 2. Juni 2005

Der französisch-libanesischer Journalist Samir Kassir arbeitete in Beirut als Kolumnist für die libanesischen Tageszeitung *An-Nahar*, Reporter für den französischen Fernsehsender *TV5* und Autor für *Le Monde Diplomatique*. Sein Fall ist charakteristisch für die tief verwurzelte Kultur der Straffreiheit im Libanon.

Als Kassir am 2. Juni 2005 durch eine in seinem Auto platzierte Bombe ermordet wurde, löste dies Empörung im In- und Ausland aus. Der Journalist war bekannt für seine Kritik sowohl an der syrischen Einmischung im Libanon als auch am libanesischen „Polizeistaat“. In der Folge wurde er oft bedroht und ständig von libanesischen oder syrischen Geheimdiensten verfolgt. Kassir galt auch als einer der führenden Intellektuellen des Libanon; seine Essays wurden weithin geachtet. Mit seiner Ermordung begann eine Serie von Anschlägen auf einflussreiche Journalisten und prominente Politiker.

Obwohl drei Untersuchungen zum Tod Kassirs angestrengt wurden, fand keine davon die Verantwortlichen. Reporter ohne Grenzen schloss sich den Ermittlungen in Frankreich als Nebenklägerin an und hat wiederholt gefordert, die Hintergründe des Falls aufzuklären.

Die Familie des Ermordeten, darunter seine als Journalistin für das arabische BBC-Programm arbeitende Witwe **Gisele El-Khoury**, gründete 2006 die *Samir Kassir Foundation* und 2007 das *SKeyes Center*. Auf diese Weise wollen sie den Einsatz für Medienfreiheit, für den Kassir sein Leben ließ, weiterführen und sein intellektuelles Erbe erhalten.

Derzeit hofft Kassirs Familie darauf, dass das UN-Sondertribunal für den Libanon, das vor allem die Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri 2005 untersuchen soll, sein Mandat auf den Fall des ermordeten Journalisten ausweitet. Sollte dies nicht geschehen, wird sich die Familie erneut an die französische Justiz wenden.

RUSSLAND

Achmednabi Achmednabijew

ermordet am 9. Juli 2013

An Warnsignalen mangelte es nicht. 2009 stand der Name Achmednabi Achmednabijews auf einer schwarzen Liste, die in Dagestans Hauptstadt Machatschkala kursierte. Das Papier beschuldigte einige unabhängige Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Anwälte der Zusammenarbeit mit den militanten Islamisten in der russischen Teilrepublik und drohte ihnen mit dem Tod aus Rache für die Ermordung von Polizisten. Einer der in der Liste genannten Journalisten wurde im Dezember 2011 niedergeschossen.

Achmednabijew war bekannt für seine Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Wahlbetrug und die Verfolgung religiöser Minderheiten. Er erhielt auch viele andere Drohungen und war am 22. Januar 2013 knapp einem Mordanschlag entkommen, als vier auf ihn abgefeuerte Kugeln ihn um Haaresbreite verfehlten. Dennoch erhielt er danach keinen Schutz der Behörden. Die Staatsanwaltschaft behandelte den Anschlag auf ihn nicht einmal als Mordversuch.

Am 9. Juli 2013 wurde er schließlich nahe seinem Haus erschossen. Obwohl Reporter ohne Grenzen wiederholt Defizite bei den Ermittlungen kritisierte, wurden diese knapp ein Jahr später – am 30. Juli 2014 – eingestellt, ohne dass es eine Festnahme gegeben hätte. Einsprüche gegen die Einstellung der Ermittlungen blieben ebenso folgenlos wie Anträge, den Fall an die Behörden der russischen Föderation zu übergeben.

Erst infolge internationalen Drucks wurden die Ermittlungen im September 2014 wiederaufgenommen, brachten aber erneut keine Fortschritte. Reporter ohne Grenzen und 30 weitere Nichtregierungsorganisationen haben die Untersuchungskommission der Russischen Föderation – die oberste Ermittlungsbehörde Russlands – im November 2014 aufgefordert, sich in den Fall einzuschalten. Trotz mehrfacher Nachfragen haben sie bis heute keine Antwort auf diese Aufforderung erhalten.

PAKISTAN

Syed Saleem Shahzad

tot aufgefunden am 31. Mai 2011

Die Leiche des Investigativjournalisten Syed Saleem Shahzad wurde am 31. Mai 2011 rund 150 Kilometer südöstlich von Islamabad in der Nähe seines Autos gefunden. Zwei Tage zuvor war er vermisst gemeldet worden. Arbeitskollegen zufolge wurde er zuletzt gesehen, als er

seine Wohnung im Zentrum Islamabad verließ, um an einer Sendung des Fernsehsenders *Dunya TV* teilzunehmen. Dort kam er niemals an.

Als Reporter der italienischen Nachrichtenagentur *Adnkronos* und der in Hongkong ansässigen Nachrichtenwebseite *Asia Times* hatte Shahzad vor seinem Tod zu Verbindungen zwischen der pakistanischen Armee und der Islamistengruppe Al-Kaida recherchiert. In seinem letzten Artikel ging es um einen mutmaßlichen Al-Kaida-Anschlag auf einen Marinestützpunkt in der Nähe von Karachi im Mai 2011, bei dem elf Soldaten und mehrere Extremisten starben. In dem Artikel war von umfangreichen Verbindungen zu Al-Kaida in der pakistanischen Marine sowie von Geheimverhandlungen zwischen dem Militär und Al-Kaida in Nord-Waziristan die Rede.

Viele pakistanische Journalisten und Menschenrechtsorganisationen machten für den Tod Shahzads den Militärgeheimdienst ISI verantwortlich, der den Journalisten wegen seiner Berichte mehrmals gewarnt hatte. Die Arbeit einer Rechtskommission, die die Regierung im Juni 2011 zur Untersuchung von Shahzads Entführung und Tod einsetzte, verlief enttäuschend. In ihrem Abschlussbericht an die Regierung befand sie im Januar 2012, eine Verantwortung der Geheimdienste für Shahzads Tod lasse sich nicht nachweisen.

Reporter ohne Grenzen verurteilte den Bericht, weil der ISI trotz zahlreicher Indizien für seine Verwicklung in den Fall offenkundig die Zusammenarbeit mit der Kommission verweigert hatte. Zudem zeigte sich Reporter ohne Grenzen empört darüber, dass Shazads Familie während der Untersuchung Einschüchterungen ausgesetzt war, und kritisierte die fehlende Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden sowie deren offensichtliches Desinteresse an einer gründlichen Aufklärung des Falls. Mehr als vier Jahre nach dem Mord an Syed Saleem Shahzad wurde noch immer kein mutmaßlicher Täter oder Drahtzieher festgenommen, und es gibt keine Anzeichen für die Aufnahme neuer Ermittlungen.

SRI LANKA

Prageeth Eknaligoda

verschwunden seit dem 24. Januar 2010

Prageeth Eknaligoda, ein politischer Kommentator und Karikaturist für die Webseite *Lankaenews* sowie die Zeitung *Sirata*, verschwand am Abend des 24. Januars 2010 auf dem Nachhauseweg aus seinem Büro. Ein engen Freund hatte er zuvor gesagt, dass er sich seit Tagen verfolgt fühle. Ein Kollege berichtete Reporter Ohne Grenzen, Eknaligoda sei wegen seiner politischen Analysen bedroht worden. Eine Woche vor seinem Tod hatte Eknaligoda in einem ausführlichen Artikel die beiden wichtigsten Präsidentschaftskandidaten verglichen und sich für den der Opposition ausgesprochen.

Wenige Tage nach seinem Verschwinden nahm die Polizei Ermittlungen auf. Ein Berater des Präsidenten beteuerte Eknaligodas Frau, ihr Mann werde „wieder auftauchen“. In den zwei darauffolgenden Monaten zeigte die Polizei jedoch keinerlei Interesse, den Journalisten lebend zu finden. Seiner Familie teilte sie keine Erkenntnisse von Belang mit.

Mit widersprüchlichen Äußerungen stifteten Regierungsmitglieder überdies Verwirrung über die Umstände von Eknaligodas Verschwinden. Der Bruder des Präsidenten, Verteidigungsminister Gotabhaya Rajpaksa, verstieg sich in einem Zeitungsinterview im März 2010 gar zu der Behauptung, Eknaligoda habe sein Verschwinden nur selbst inszeniert: „Eknaligoda ließ sich selbst verschwinden. Wir wissen nicht einmal, wer dieser Eknaligoda ist und was er getan hat. Jeder kann behaupten, dass er verschwunden ist.“

Eknaligodas Ehefrau Sandya hat sich seit dem Verschwinden ihres Mannes unermüdlich für die Wahrheit über seinen Fall eingesetzt und mehrfach in den USA und Europa über ihn gesprochen. Nachdem sie im März 2012 vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf auftrat, wurde sie selbst zum Ziel von Einschüchterungsversuchen.

Am 200. Tag nach dem Verschwinden Eknaligodas riefen Reporter ohne Grenzen und sechs weitere Organisationen für Medienfreiheit die Regierung auf, alles zu unternehmen, um Licht in seinen Fall zu bringen. Diese Aufforderung hat Reporter ohne Grenzen seitdem jedes Jahr mit der Kampagne „Schwarzer Januar“ bekräftigt.

13

Am 24. August 2015 gab die Kriminalpolizei bekannt, sie habe vier Armeeangehörige im Zusammenhang mit Eknaligodas Verschwinden verhaftet. Berichten zufolge wurden wenige Tage zuvor auch ein ehemaliger Unteroffizier sowie zwei hochrangige Mitglieder der Separatistengruppe Tamil Tigers verhaftet. Einige Medien berichten, die Armeeeoffiziere arbeiteten für den Militäргеheimdienst. Ihre Untersuchungshaft wurde Ende September um einen Monat verlängert.

Trotz dieser Verhaftungen hat die Familie Eknaligodas noch immer keine überzeugenden Informationen erhalten und wurde keiner der potenziellen Hintermänner für sein Verschwinden – einschließlich Gotabhaya Rajpaksas – vernommen.

Pressekontakt:

Ulrike Gruska / Christoph Dreyer

Tel.: 030 / 60 98 95 33-55

E-Mail: presse@reporter-ohne-grenzen.de

www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/